

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Redacteur: **Held.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr: 1½ Sgr. pro Pettizelle.

## Berlin

### von der Revolution bis zur Verfassung.

#### X.

Betrachten wir jetzt, wo wir die Waagschalen der beiden kämpfenden Parteien im Gleichgewichte finden, diejenigen Gedanken, welche einer jeden in Bezug auf den Ausgang des Kampfes nothwendigerweise aufsteigen mußten.

Das Volk hatte Barricaden gebaut und dadurch den Kampf provocirt, ohne ein bestimmtes politisches Ziel im Auge zu haben; seine Forderungen, denen es durch den Kampf Nachdruck geben konnte, beschränkten sich auf Entfernung der verhassten Truppen aus Berlin; denn seine Rache gegen den König würde schwerlich so weit gegangen sein, dessen Sturz zu verlangen, weil dazu die Mehrzahl der Bürger noch viel zu royalistisch gesinnt war und viel zu viel Furcht vor dem Besitze der Republik hatte.

Mithin stand für das Volk im Falle seines Sieges nichts Anderes zu gewinnen, als die Entfernung der verhassten Truppen. — Unendlich viel mehr aber stand für das Volk im Falle seiner Niederlage zu verlieren; denn da es den Truppen gewaltsamen Widerstand entgegen gesetzt hatte, so hätten auch diejenigen, welche dem Kampfe entronnen wären, die Strafe des Hochverraths, das heißt den Tod, erwarten müssen; und es war außerdem noch sehr natürlich und wahrscheinlich, daß die Krone einem aufgestandenen und besiegten Volke gegenüber die bereits gemachten Concesssionen wieder zurück ziehen würde. — Wenn man aber bei einer Niederlage so viel zu verlieren, und bei einem Siege so wenig zu gewinnen hat, so wird man zwar um der Folgen der Niederlage willen den Kampf mit Verzweiflung fortsetzen; allein man wird noch weit eher und lieber das Anerbieten eines nur halbwegs günstigen Friedens annehmen.

Andererseits finden wir die Krone in einer ganz ähnlichen Lage, nur mit dem Unterschiede, daß hierbei nicht sowohl die Abwägung von Verlust und Gewinn, als vielmehr die Persönlichkeit des Königs maßgebend war. Denn, nach dem was wir so eben über den Standpunkt des Volkes angeführt haben, hatte die Krone im Falle ihrer Niederlage wenig zu

verlieren und im Falle ihres Sieges viel zu gewinnen. Allein der persönliche Charakter des Königs drängte ihm ganz andere Erwägungen auf, Erwägungen, die ihn als bloßen Gefühlsmenschen dringend wünschen ließen, mit seinem Volke unter Vergessen alles Geschehenen Frieden zu schließen.

Der romantische, poetische Charakter des Königs ist bekannt. Friedrich Wilhelm IV. ist durch und durch Gefühlsmensch, voll liebevollem Gemüth und demzufolge als Herrscher besungen von der mit unserer Zeit im Widerspruche stehenden Schwärmerei mittelalterlicher Landesväterlichkeit. Der Zorn, welchen er im ersten Augenblicke gegen das wider ihn aufgestandene Volk empfinden mußte, war mit dem siegreichen Vordringen seiner Truppen geschwunden und hatte einem wehmuthsvollen Schmerze Platz gemacht. Das Gemüth des Königs, theils durch den Einbruch der Nacht, theils durch die Krankheit seiner Gattin noch weicher gemacht, gab allmählig nun den Gefühlen der Wehmuth Raum. Es bemächtigte sich seines Herzens ein bitteres Leid darüber, daß es ohne eigentliche Ursache zwischen ihm und seinem Volke zu einem so blutigen Streite, daß es zwischen den Söhnen seines Landes zu einem so wörderischen Bruderkampfe gekommen war. Es fehlte ihm der moralische Muth, den blutigen Kampf mit einem Theile seines Volkes gegen den andern fortzusetzen. Es drängte ihn danach, die Hand zur Versöhnung zu bieten, aber seinem Herrscherstolze sollte dadurch auch kein Abbruch geschehen. Er wollte den ersten Schritt thun zur Verständigung und Ausöhnung, aber er wollte ihn thun als — König.

In dieser Gemüthsstimmung setzte sich Friedrich Wilhelm IV. gegen Mitternacht nieder, um unter dem Getöse des Kampfes eigenhändig eine Ansprache an das Berliner Volk abzufassen. Es geschah; und alle die Regungen in dem Gemüthe des Königs, welche wir oben anführten, wird man aus dieser Ansprache herauslesen können und müssen. — Sie lautete folgendermaßen:

„An meine lieben Berliner!

Durch mein Einberufungs-Patent vom heutigen Tage habt Ihr das Unterpfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten deutschen Vaterlande empfangen. Noch war der

Zubei, mit dem unzählige treue Herzen mich begrüßt hatten, nicht verhält, so mischte ein Hauhe-Ruhestörer aufrührische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis in's Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ, und Beleidigungen wider meine tapfern und treuen Soldaten ausgeföhren wurden, mußte der Platz durch Cavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob! ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obwohl aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüther von Vielen meiner treuen und lieben Berliner mit Rache-Gedanken um vermeintlich vergossenes Blut erfüllt und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Bewohner meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem was Euch heilig ist, den unseeligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen hinweg, und entsendet an mich Männer, voll des ächten alten Berliner Geistes mit Worten, wie sie sich Euren Könige gegenüber geziemen, und ich gebe Euch mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen, und die militairische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner meines treuen und schönen Berlins und vergeßet das Geschehene, wie ich es vergessen will und werde in meinem Herzen, um der großen Zukunft Willen, die unter dem Friedens-Seegen Gottes für Preußen, und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebevolle Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darniederliegt, vereinigt ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen. —

Geschr. in der Nacht vom 18. — 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Der König suchte sich nach Abfassung dieses Schriftstücks nicht unbefangen genug, um selbst beurtheilen zu können, ob es sich mit seiner Stellung vertrüge, eine solche von ihm geschriebene Ansprache veröffentlichen zu lassen. Deshalb übergab er die Proclamation dem Herrn v. Bodelschwingh mit

dem Bedeuten, derselbe möge über die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung nach seinem eignen gewissenhaften Urtheile entscheiden. Herr v. Bodelschwingh versprach sich von der Veröffentlichung einen guten Eindruck und sandte deshalb das Schriftstück ohne die geringste Aenderung in die Druckerei, aus der es am 19. März morgens gegen 5 Uhr als Placat hervorging, ohne indeß der gesammten Bevölkerung zugänglich gemacht werden, und ohne überall den erwarteten Eindruck hervorbringen zu können.

An dem letztern Umstande waren vorzugsweise mehre im ersten Satz befindliche Behauptungen Schuld, über deren Gegenstände der König anders unterrichtet worden war als das Volk. Dahin gehörten namentlich die Behauptungen: daß die Cavallerie den Platz „im Schritt mit eingesteckter Waffe“ gesäubert habe, daß die zwei Gewehre der Infanterie „von selbst“ losgegangen seien, daß der Aufstand von einer meist „aus Fremden bestehenden Rotte von Bösewichtern“ mittels Lügen und Verdrehungen angezettelt, und das Militair erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht habe, als es „durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen worden sei.“ —

Der König hatte dies Alles in gutem Glauben an die ihm abgestatteten Berichte niedergeschrieben; aber das Volk, welches von der Unrichtigkeit dieser Behauptungen theils überzeugt war, theils überzeugt zu sein glaubte, argwöhnte in der Darstellung des Königs eine absichtliche Entstellung der Wahrheit, durch welche er sich rein zu waschen suche; dazu kam noch das darin enthaltene Lob der so sehr gehaßten Truppen; — und so geschah es, daß die sonst so herzliche Ansprache in dem Gemüthe des Volkes statt Veröhnlichkeit größtentheils nur Bitterkeit und Hohn erweckte. — Hätte sich die Ansprache auf die Eingangsworte und den letzten Satz allein beschränkt: ihre Wirkung würde jedenfalls eine ganz andere gewesen sein! —

### Eine Mißtrauens-Adresse.

Im Anfertigen von Adressen aller Art ist die Demokratie sehr stark; — aber sehr schwach ist sie in der Begründung dieser Adressen. Es fehlt dieser Begründung häufig alle Logik, d. h. alle Vernunft. Und das ist ein außerordentlicher Fehler, weil das Hauptneg der Demokratie grade in der Ueberzeugung besteht, und ohne eine vernünftige Begründung der Ansichten niemals eine Ueberzeugung beigebracht werden kann.

Zum Beweise unsrer Behauptung möge uns einmal die Mißtrauens-Adresse dienen, welche gegen die Stadtverordneten-Versammlung in Circulation gesetzt ist. Dieselbe lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung hat nach langen Debatten in ihrer Sitzung vom 14. d. M. mit einer Majorität von 3 Stimmen eine Dankadresse

wegen der octrohirten Verfassung beschlossen und auf diese Weise die Haltung, welche der Magistrat in der letzten Zeit eingenommen hat, im Allgemeinen gebilligt.

Wir, die Unterzeichneten, können nicht umhin, der Minorität der Versammlung offen unsere Zustimmung und unsern Dank auszusprechen. Wir sind nicht der Meinung, daß das Wohl der Stadt oder des Staates dadurch gefördert wird, daß man jeden gewaltsamen Umsturz der Rechtsverhältnisse anerkennt, daß man sich heute für die Revolution und morgen für die Contrerevolution erklärt, daß man keine andere Politik kennt, als die Politik der vollendeten Thatsachen, die Politik der dankbaren Unterwerfung unter die Decrete des Siegers.

Ein gewaltsamer Umsturz der Rechtsverhältnisse liegt vor: die Gesetze vom März und April, die Errungenschaften der Revolution, die Grundlagen des neuen Rechts, dessen Grundzüge festzustellen die National-Versammlung berufen war, sind unter der Herrschaft der Waffen willkürlich verändert oder ganz aufgehoben. Unser Rechtsgefühl weist die Contrerevolution zurück, und wenn viele im Volk im gegenwärtigen Augenblicke getäuscht oder misleitet sind, so hätte es den Vertretern der Stadt Berlin vor Allen zugestanden, festzuhalten an dem guten Recht, welches Berlin erkämpft hat; sie vor Allen hätten die schöne Aufgabe gehabt, das Rechtsgefühl, wo es erschüttert ist, wieder stark zu machen, und der gefährlichen Demoralisation, welche entsteht, wenn man die Gewalt als die Quelle des Rechts, den eignen Vortheil als den Maßstab des Handelns anzusehen sich gewöhnt, mannhaft entgegenzutreten.

Wir, die Unterzeichneten, können weder das Recht der Krone zur Octrohirung einer Verfassung noch die Vortrefflichkeit dieser Verfassung selbst anerkennen. Wir sind überzeugt, daß die Maßregel der Octrohirung im höchsten Grade gefährlich ist für das Land und für unsere Stadt, weil sie die Entscheidung, nach der wir uns Alle sehnen, wiederum aufschiebt und die lange Krisis noch mehr verlängert, weil sie das Rechtsgefühl im Volke verwirrt, und weil sie endlich nur unter finanziellen Opfern erzwungen werden konnte, welche den National-wohlstand aufs Tiefste erschüttern müssen.

Wir müssen daher mit Bedauern erklären, daß die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung diese Gefahren übersehen und ihre Aufgabe gänzlich verkannt hat.

(Folgen die Unterschriften.)

Brühen wir jetzt einmal die in dieser Adresse aufgeführten Argumente, so werden wir uns überzeugen, wie gänzlich unlogisch und also unhaltbar dieselben sind.

Zuerst wird die Behauptung aufgestellt: das Wohl der Stadt oder des Staates werde nicht dadurch gefördert, daß man jeden gewaltsamen Umsturz der Rechtsverhältnisse anerkennt. Also giebt es doch gewaltsame Umstürze der Rechtsverhältnisse, durch welche das Wohl des Staates gefördert wird;

und es früge sich nur, welche das sind? Darüber aber sagt die Adresse nichts; und darüber kann sie auch nichts sagen; denn wer soll die Frage entscheiden: ob der oder jener Umsturz das Wohl des Staats fördere oder gefährde? Die Stimme Gottes schweigt dazu; einen kompetenten Gerichtshof giebt's für diese Frage nicht. Mithin hat offenbar doch nur das Volk darüber zu entscheiden, also entweder jeder Einzelne für sich oder die Majorität des Volkes im Ganzen. Im erstern Falle hatte also die Stadtverordneten-Versammlung das Recht, sich nach ihrer Ueberzeugung oder Ansicht für oder gegen die octrohirte Verfassung auszusprechen, und im andern Falle hatte sie das Recht auch, weil das Botum der Majorität eines Volkes nur dadurch zu ermitteln ist, daß sich jeder Einzelne für oder gegen die Frage ausspricht. — Der Vorwurf der Adresse ist also durch die oben angeführte Behauptung durchaus nicht begründet, und kann sich überhaupt auf nichts weiter gründen als darauf: daß die Stadtverordneten-Versammlung eine andere Meinung gehabt habe, als die Adressanten. Hätte sie aber die Ansicht dieser letztern gehabt, so würden ihr die Gegner derselben mit dem gleichen Rechte eine Mißtrauens-Adresse haben votiren können, und die Lage der Stadtverordneten-Versammlung wäre um nichts gebessert gewesen.

Zweitens ist auch der Vorwurf; daß man nicht heute für die Revolution und morgen für die Contrerevolution sein könne, ein durchaus unlogischer. Denn in diesem Falle werden sich vernünftigerweise alle diejenigen befinden, denen die Revolution zu weit geht, und die in der Contrerevolution das Mittel sehen, die Revolution auf das von ihnen gewünschte Maß zurück zu führen.

Drittens ist es durchaus unlogisch, gegen die Octrohirung der Verfassung und den Belagerungszustand geltend zu machen, daß dies Alles einen gewaltsamen Umsturz der Rechtsverhältnisse in sich schließe, und daß dadurch die Errungenschaften unter der Herrschaft der Waffen aufgehoben würden. Denn war nicht die Märzrevolution auch ein gewaltsamer Umsturz der damaligen Rechtsverhältnisse, und wurde das alte System nicht auch unter der Herrschaft der Waffen (des Volkes) aufgehoben? — In der Politik kann es eben naturgemäß kein anderes Recht geben, als das der Gewalt: die Revolution hat Recht sobald sie gelungen ist, d. h. sobald sie die Gewalt hat, wie im März; und die Contrerevolution hat Recht, sobald sie gelungen ist, d. h. wieder, sobald sie die Gewalt hat, wie im November. — Wenn hier irgend ein Vorwurf zu machen ist, so kann derselbe doch nur dem Volke gemacht werden, darüber, daß es die inne gehabte Gewalt, d. h. das besessene Recht der Revolution, sich feigertweise hat entwinden lassen, und der Nationalversammlung welche durch die Proclamirung des lächerlichen ~~Wohls~~ ~~Widerstandes~~ die Anlehnung dazu gegeben hat.

Es wird daher keines weitem Beweises bedürfen, daß auch die übrigen Argumente der Adresse

welche sich auf das „Rechtsgesühl“ stützen, durchaus unlogisch sind, ebenso wie die Behauptung: die Adressanten könnten der Krone das Recht zur Octroyirung der Verfassung nicht zugestehen. Denn woraus hätte denn das Volk sein Recht, der Krone eine Verfassung vorzuschreiben, herleiten können, wenn nicht aus seiner Gewalt, aus der Gewalt, welche es sich im März mit Gewalt errungen hat? — Da aber das Volk diese Gewalt jetzt nicht mehr besitzt, sondern sie sich von der Regierung hat nehmen lassen: so hat offenbar jetzt die Krone das Recht, dem Volke eine Verfassung vorzuschreiben. —

Und daß das Volk mit dieser Verfassung sehr wohl zufrieden ist, beweist es dadurch, daß es sich dieselbe gefallen läßt, daß es sich nicht dagegen erhebt. — Man weise dabei, zur Rechtfertigung des Sichgefallenlassens nicht, wie man so gern thut, auf die Menge der Truppen hin, welche für die Gewalt der Krone kämpfen; denn diese Truppen sind ja ein Theil des Volkes, so zu sagen das Centrum, dessen Entscheidung die Majorität macht.

Die Argumente der Mißtrauens-Adresse gegen die Stadtverordneten-Versammlung sind also durchweg unlogisch, womit indeß nicht behauptet werden soll, daß die Adresse selbst verwerflich ist. — Allein sie hätte — wenn Vernunft darin sein sollte — kurz folgendermaßen lauten müssen:

„Die Unterzeichneten haben sich zwar eben so wie das übrige Volk feige genug benommen, um sich die Souverainetät und damit das Recht der Verfassunggebung aus den Händen winden zu lassen, sich der Gewalt zu unterwerfen und die octroyirte Verfassung anzunehmen, allein sie sind deshalb noch nicht knechtisch genug gesinnt, um die Ruthe, womit sie sich haben schlagen lassen, noch zu küssen. Die Stadtverordneten-Versammlung aber hat dieß gethan; denn ihr Dank für die octroyirte Verfassung kann — weil sie sich früher für die National-Versammlung und gegen die unbedingte Souverainetät der Krone erklärt hat — nicht das Werk ihrer Ueberzeugung, sondern nur der Ausfluß ihrer servilen Gesinnung sein, welche um die Gunst jeder herrschenden Gewalt buhlt. Da nun jeder gute Demokrat nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht hat, die servile Gesinnung zu verachten, so drücken wir dies unser Gefühl der Stadtverordneten-Versammlung hierdurch aus und überlassen es derselben, sich aus andern und ähnlichen Adressen das Facit zu ziehen, ob sie durch ihr ausgesprochenes Dankgefühl für die octroyirte Verfassung im Sinne der Stadt-Majorität gehandelt hat oder nicht. Denn darauf kann und muß es hierbei einzig und allein ankommen. Punktum.“ —

## TENDER.

Die Majorität der Plenar-Sitzung der National-Versammlung in Frankfurt a. M. hat sich gegen die Erbllichkeit der Kaiserwürde ausgesprochen. — Etzsch! —

Der Papst ist als weltlicher Fürst abgesetzt und eine provisorische Regierung ist ernannt worden. Das Volk jubelt: „Tod dem Papste! Tod den Cardinälen! Es lebe die italische Republik!“ Der arme Papst! Er hat den Spieß der Revolution geschmiedet und wird nun selbst von ihm durchbohrt. — Undank ist der Welt Lohn!

Ein Omnibus begegnete in Coblenz einem Bataillon des 26. Infanterie-Regiments. Das Pferd des Commandeurs wurde scheu und es entspann sich deshalb ein Wortwechsel zwischen dem Kutscher und den Soldaten, der damit endete, daß die Soldaten eins der Pferde mit den Bahonneten todt stachen, das andre verwundeten. Ich trage darauf an, daß man diese Soldaten als Schinderknechte anstellt, da sie das Abdeckerhandwerk so gut verstehen.

Die Heilige Kreuz-Schock-Schwerenoths-Zeitung, der reactionaire Viehstall, nennt Göthen das demokratisch-zoologische Museum, weil — die von Berlin ausgewiesenen Demokraten dort ein Asyl finden.

Nächstens wird wohl Metternich nach Olmütz kommen. Einstweilen hat er dem jungen Menschen, der auf sein altes Mündel Ferdinand gefolgt ist, seine Schüler als Minister octroyirt. Der alte Fürst stand in ununterbrochener Verbindung mit dem Hofe. — Man munkelt davon, daß gegen diejenigen, welche Oestreich im Wege stünden, — Gift angewendet werden soll. Jesuiten-Politik! —

Nicht der weiße Saal im Schlosse, sondern ein Saal im Zeughaus soll für die zweite Kammer, und das Gouvernementshaus für die erste Kammer eingerichtet werden. Das heißt, die erste Kammer wird governiren, und die zweite das Zeug, nämlich das Geld, dazu hergeben.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-handlung frankirt zuzusenden und das dafür zu zahlende Porto vom Prämumurations-Betrage zu kürzen. Die Locomotive erscheint täglich Vormittags, und wird den resp. Abonnenten im Laufe des Tages zugestellt.